

Pressemitteilung  
Nr. 057/2021  
Kiel, 09.03.2021

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## Maßnahmen statt Blumen

*Zum Equal Pay Day am 10. März erklärt die frauenpolitische Sprecherin des SSW im Landtag, Jette Waldinger-Thiering:*

Der heutige Equal Payday markiert den Tag, bis zu dem Frauen über das Vorjahr hinaus arbeiten müssten, um das durchschnittliche Jahresgehalt ihrer männlichen Kollegen zu erreichen.

Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: 2 Monate und 10 Tage zusätzlicher Arbeit für ein vergleichbares Gehalt.

Auch wenn der Gender Pay Gap leicht gesunken ist, weist Deutschland mit 18 Prozent immer noch eine der größten geschlechterspezifischen Lohnlücken Europas auf.

Die Ursachen hierfür sind vielfältig und meist struktureller Art, etwa dass Frauen häufig in schlechter bezahlten Berufen mit geringeren Aufstiegschancen tätig sind. Andere Ursachen sind immer noch verkrusteten Familienrollen geschuldet, in denen der Mann das Geld verdient, während die Frau sich um Kinder und Haushalt zu kümmern hat. Dies führt viele Frauen in unterbrochene Ausbildungs- und Erwerbsbiografien, prekäre Jobs und schließlich in die Altersarmut.

Die Coronakrise wird diese Ungerechtigkeiten noch deutlich verschärft haben. Sei es durch massiv gesteigerten Arbeitsdruck in Kitas und Schulen, Pflegeheimen und Krankenhäusern einerseits oder durch Betätigungsverbote in Gastronomie und Einzelhandel.

Wie man es richtig macht, zeigen wie so oft die nordischen Länder - mit hohen Frauenerwerbsquoten und niedrigen Lohnlücken. Die nordische Familien- und Steuerpolitik sollte uns deshalb ein Vorbild sein. Hierzu bedarf

es keines Blumenstraußes zum Frauentag, sondern eines Straußes längst überfälliger Maßnahmen. Wir brauchen eine Unternehmenskultur mit Familienarbeitszeiten, wir brauchen Geschlechterquoten in Politik und Wirtschaft, und auch die Reform des frauenfeindlichen Ehegattensplittings muss endlich angegangen werden.